Kriegsteilnehmern jüngere Angestellte, Arbeiter und Bauern.

Beide francistischen Bewegungen gehen ursprünglich auf eine ältere Gründung, die auch heute noch zahlenmäßig eine wesentlich bedeutendere Rolle spielt, zurück: auf

die „Solidarité Francaise", einen stark nationalistischen, wenn auch nicht gerade faschistischen Verband,

der dem gestürzten Parfümfabrikanten und ehemaligen Zeitungskönig Coty das Leben verdankt. Coty, der seinerzeit gehofft hatte, durch Zeitungsgründungen und Zeitungserwerbungen, sowie durch Aufstellung eines größeren politischen Verbandes in Frankreich zu einer politischen Machtstellung gelangen zu können, ist heute erledigt. Einem tatkräftigen ehemaligen Frontoffizier aber, Jean Renaud, gelang es, die Loslösung der „Solidarité Francaise" von den Cotyschen Unternehmungen rechtzeitig zu bewerkstelligen. Der Verband wurde in die finanzielle und moralische Pleite des Parfümfabrikanten nicht hineingezogen. Seine Mitgliederzahl wird heute mit 400 000 angegeben. Andere Zahlen lauten allerdings wesentlich bescheidener und liegen um 90 000 herum. Vermutlich wird die Wahrheit, wie in so manchen Fällen, auch hier etwa in der Mitte liegen. Die „Solidarité Francaise" nimmt auch Juden auf; sie wendet sich dagegen scharf gegen die Logen. Sie hat einen nicht geringen Teil der Demonstranten vom 6. Februar gestellt, hatte auch einzelne Mitgliederverluste durch die Straßenkämpfe zu verzeichnen.

Ein Verband, der stark im Aufstieg begriffen ist, und dessen Popularität gerade seit der Straßenschlacht vom 6. Februar sichtlich zugenommen hat, ist die „Croix de Feu". Er umfaßt

nur ehemalige Frontkämpfer, und zwar solche, die wegen Tapferkeit vor dem Feinde als Auszeichnung das Kriegskreuz verliehen erhielten.

Die „Feuerkreuzler" sympathisieren sehr stark mit den „Francisten", und zwar aus dem gemeinsamen Fronterlebnis heraus. Die Mitgliederzahl ist nicht genau bekannt; man hört die Zahl 40 000 nennen; sie wird indessen eher höher als niedriger liegen. Die Führung der „Croix de Feu" liegt in den Händen eines pensionierten Oberstleutnants, de la Rocque. Sie sind einer Verständigung mit Deutschland nicht abgeneigt. Die Möglichkeit, ihre Pläne zu verwirklichen, sehen sie erst dann als gegeben, wenn es gelungen ist, die ältere Generation aus der politischen Führung zu verdrängen.

Neben den genannten Verbänden, die sich hauptsächlich auf die eigentliche Frontgeneration, also die Kriegsteilnehmer stützen, bestehen politische Jugendverbände, die „Jeunesses Patriotes".

Diese Jugendverbände werden von dem nationalistischen Abgeordneten Taittinger geführt, sie bekämpfen Sozialdemokratie und Kommunismus, stehen im übrigen aber auf dem Boden der Republik mit parlamentarischem, wenn auch geläuterten System.

Die Schlagkraft dieser Verbände ist nicht zu unterschätzen. Die Mitgliederzahl dürfte zwischen 300 000 und 400 000 schwanken. Eine sehr laute, wenn auch verhältnismäßig wenig einflußreiche Gruppe ist diejenige der **„Camelots du Roi", die Aktivistentruppe der monarchistischen Bewegung in Frankreich, soweit sie auf das Lilienbanner der Bourbonen schwört.** Geistiger Führer ist der Herausgeber der „Action Francaise", Leon Daudet, der sich durch kämpferischen Journalismus auszeichnet, im übrigen aber in politischen Kreisen nicht sehr ernst genommen wird.

Nur in losem Zusammenhang mit diesen Verbänden, die mehr oder weniger politisch gefärbt sind, steht der

Nationalverband der Kriegsteilnehmer, der sich bisher von der Politik fern gehalten hatte, um sich desto mehr der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder, der Kriegsopfer, der Kriegshinterbliebenen usw., anzunehmen.

Auch er ist nun nach dem 6. Februar mit politischen Forderungen an die Regierung herangetreten. Er lehnt nicht nur die von der Regierung geplante Herabsetzung der Kriegspensionen ab; er fordert auch eine festere Staatsführung, Beseitigung der Auswüchse des Parlamentarismus usw. Das politische Antlitz Frankreichs ist vom Blickpunkt der Wehrverbände aus gesehen, noch äußerst mannigfaltig und verworren. Immerhin kommt die innenpolitische Gärung des Landes gerade in dem Aufleben dieser Verbände zur Geltung. Noch sieht man freilich nirgendwo die Führerpersönlichkeit, die imstande wäre, alle die Bestrebungen, deren Träger diese Verbände sind, zusammenzufassen und auf ein und dasselbe Ziel zu richten. Man wird indessen in Deutschland gut daran tun, die Entwicklung der französischen Verbände und die Haltung ihrer Führer aufmerksam zu beobachten. Gerade der letzterwähnte Verband kann unter Umständen mit seinen rund 3½ Millionen Mitgliedern zu einem politischen Machtfaktor ersten Ranges werden.

nur um einen ersten Abschnitt des Sparprogramms handele, da der gesamte Fehlbetrag über 4 Milliarden Franken betrage.

Man werde demnach nicht umhin können, auch von den **ehemaligen Kriegsteilnehmern Opfer zu fordern.**

Der sozialistische „Populaire" wendet sich natürlich scharf **gegen** die Regierungsmaßnahmen, die er als eine **blinde Deflationspolitik** bezeichnet.

Kürzung der Ministergehälter

Um den Beamten **mit gutem Beispiel vorangehen,** deren Bezüge ohne **Ausnahme** um 5 bis 10 v. H. gekürzt werden sollen, hat sich der Staatspräsident bereit erklärt, auf 20 v. H. seiner Zivilliste zu **verzichten,** während die Minister mit der Kürzung ihrer Bezüge um 15 v. H. **einverstanden** sind.

Verlängerung des Nichtangriffspaktes in Moskau

Beweise gegenseitiger Friedensliebe

Eine Rede Litwinows

Amtlich wird mitgeteilt, daß am Mittwoch im Konferenzsaal des Außenkommissariats die feierliche Unterzeichnung der Protokolle über die Verlängerung der Nichtangriffs- und Schlichtungspakte zwischen dem Rätebund einerseits und Estland, Lettland und Litauen andererseits stattfand.

Nach der Unterzeichnung des Protokolls, das die Verlängerung bis zum Jahre 1945 vorsieht, richtete der Außenkommissar eine Ansprache an die Gesandten der Randstaaten, in der er u. a. darauf hinwies, daß die Pakte erst in 1½ Jahren ablaufen.

„Der vor der Fälligkeit eingelöste Wechsel zeugt von gutem Willen und von einem Uebermaß an Friedensliebe bei den Regierungen.

Wir hatten den Gedanken, unbefristete Pakte vorzuschlagen. Die Fristlosigkeit ist jedoch abstrakt, und wir fürchteten, daß eine solche Anregung nur deklarativ wirken könnte, während wir konkrete Taten haben wollten. In jedem Falle muß die Welt sehen, daß unsere Anregung nicht hervorgerufen wurde von zufälliger Konjunktur, sondern daß sie der Ausdruck unserer Friedenspolitik ist."

Litwinow ging dann auf die politische Lage in Europa ein und erklärte: „Durch den Streit zwischen benachbarten Ländern als Ergebnis des Ueberganges von Gebietsteilen eines Staates zum anderen und infolge der Unzufriedenheit mit bestehenden Verträgen sei in Europa Unruhe entstanden. Der Rätestaat kennt solche Streitigkeiten nicht. Er hat eine Revision der bestehenden Verträge nie verlangt und beabsichtigt es auch nicht zu tun.

Der Rätestaat, dem Chauvinismus, Nationalismus und Rassen- und nationale Vorurteile fremd sind, sieht seine Aufgabe nicht in Eroberung und Expansion und die Ehre seines Volkes nicht in der Erziehung in militaristischem Geist und Blutdurst, sondern im Ideal des Aufbaues einer sozialistischen Gesellschaft.

Der Rätebund hat bei Aufrufen zur Festigung und Beibehaltung des Friedens stets mit Ja geantwortet. Die an der Unterzeichnung beteiligten Staaten geben die Gewähr auch für die Zukunft, daß sie zusammen mit dem Rätebund und im Einklang mit ihm bei derartigen internationalen Befriedungsaktionen stets bereit sein werden, mit Ja zu antworten."

Der Reichswirtschaftsminister bei Staatsminister Esser

Reichswirtschaftsminister Schmitt stattete am Mittwoch dem Leiter des bayrischen Wirtschaftsministeriums, Staatsminister Esser, einen Besuch ab, bei dem sich der Reichsminister gründlich über die Wirtschaftslage in Bayern unterrichten ließ und alle wichtigeren Fragen des Wirtschaftslebens in Bayern besprochen wurden.

Der Nachfolger des Feldbischofs

Der Reichspräsident hat zum Nachfolger des bisherigen Feldbischofs der Wehrmacht D. Schlegel, der am 1. April wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand getreten ist, Wehrkreispfarrer Konsistorialrat D. Franz Dohrmann-Stettin ernannt.

Feldbischof D. Dohrmann-Stettin steht im 53. Lebensjahre. Er studierte in Greifswald, Tübingen und Berlin und ist seit seiner Ordination in der Militärseelsorge tätig. 1920 wurde er zum Wehrkreispfarrer des Wehrkreises II Stettin berufen und 1927 zum Konsistorialrat ernannt. Die theologische Fakultät der Universität Greiswald verlieh ihm den Ehrendoktortitel.

Dr. Schmitz zum Bürgermeister von Wien ernannt

Der Minister a. D. Dr. Schmitz ist Mittwoch nachmittag zum Bürgermeister von Wien ernannt worden. Die Veröffentlichung der Ernennung erfolgt am heutigen Donnerstag. Dr. Schmitz verwaltet bereits seit dem 12. Februar kommissarisch die Stadtgemeinde Wien.

*

Aus Österreich ausgebürgert

Nationalsozialisten und sozialdemokratische Führer betroffen

Durch Verordnung des Polizeipräsidenten von Wien, Dr. Seidl, sind am Mittwoch mehrere sozialdemokratische Führer und Nationalsozialisten der österreichischen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt worden. Von den Sozialdemokraten sind durch die Ausbürgerung betroffen die geflüchteten ehemaligen Abgeordneten Dr. Bauer und Deutsch, der Schutzbundführer Heinz, der Obmann der Freien Eisenbahnergewerkschaft, König, und der ehemalige Redakteur Dr. Sturmtal. Die Ausbürgerung Dr. Bauers wird damit begründet, daß Bauer wegen Hochverrats steckbrieflich verfolgt werde. Außerdem gehöre er zu dem in Brünn bestehenden „Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokraten", das die Aufgabe habe, die Verbindung mit den österreichischen Sozialdemokraten herzustellen und die illegale regierungsfeindliche Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich fortzusetzen. Der Entzug der Staatsangehörigkeit der übrigen sozialdemokratischen Führer wird ähnlich begründet. Auch dem vor längerer Zeit nach Moskau geflüchteten Kommunistenführer Koppelnik wird die Staatsangehörigkeit entzogen.

Ferner wurden mit derselben Verordnung zehn Wiener Nationalsozialisten, darunter der Kammersänger Joelli, „wegen Teilnahme an Terrorakten und staatsfeindlicher Tätigkeit" ausgebürgert.

In Nauris wurde der Bezirksarzt Dr. Radauern wegen nationalsozialistischer Propaganda und Organisation der nationalsozialistischen Bewegung der österreichischen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt. Radauern hatte bereits wegen nationalsozialistischer Betätigung vier Monate Arrest abgebüßt.

Die Verschuldung Frankreichs

In Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage teilt das französische Finanzministerium mit, daß sich die Inlandsschulden des Staates am 1. Oktober 1933 auf insgesamt 302 405 000 000 Frank beliefen. Die Auslandshandelsschulden werden für den Stichtag des 1. Oktober 1933 mit 4 139 000 000 Frank angegeben, gegenüber 4 368 000 000 am 61. März 1932.

Neuer sowjetrussischer Botschafter für Warschau

Der sowjetrussische Botschafter in Warschau, Antonow Owseienko, ist abberufen worden. Zum neuen Botschafter ist der bisherige Gesandte in Athen, Dawtian, ernannt worden.

Angeblicher deutscher Waffenschmuggel an der afrikanischen Westküste

Die spanische Regierung dementiert

Die spanische Presse brachte in großer Aufmachung Pariser Meldungen, wonach Deutschland einen Waffenschmuggel an der afrikanischen Westküste, insbesondere in den dortigen spanischen Besitzungen Ifni und Rio de Oro betreibe. Diese tendenziösen Nachrichten, die zunächst viel Staub aufgewirbelt hatten, werden jetzt von der spanischen Regierung offiziell als frei erfunden bezeichnet. Die Regierung stellt ausdrücklich fest, daß keinerlei Waffenschmuggel dort stattgefunden hat. Gleichzeitig betont der zuständige Minister, daß auch jene Gerüchte, wonach Spanien beabsichtige, in den dortigen Kolonialgebieten eine kriegerische Aktion vorzunehmen, falsch seien.

Wettervorhersage.

Teils heiter, teils wolkig, aber höchstens unbedeutende Niederschläge. Temperaturen wenig verändert. Südöstliche Winde.

450 Millionen RM. Einsparungen im französischen Haushalt

Vergebung öffentlicher Arbeiten zur Belebung der Wirtschaft

Vierzehn Sparverordnungen

Ueber den am Mittwoch abgehaltenen Ministerrat wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: Die Sitzung war

ausschließlich der Prüfung und Billigung der 14 Verordnungen gewidmet, die Finanzminister Germain-Martin dem Staatspräsidenten zur Unterzeichnung vorlegte.

Diese Verordnungen stellen den ersten Teil der Sparmaßnahmen zur Wiederherstellung der Finanzen dar.

Wie man erfährt, sollen die 14 Verordnungen rechnerisch Einsparungen in Höhe von 2700 Millionen Frank (rund 450 Millionen RM.) ergeben. So erwartet man aus der **Kürzung von Krediten** der einzelnen Ministerien 600 Millionen Frank, aus der **Streichung von staatlichen Zuschüssen** 30 Millionen, aus der **Herabsetzung der Zahl der Beamten** 750 Millionen, aus der **Reform der Pensionsansprüche** 500 Millionen, aus der Beseitigung von Doppelverdienst- und Pensionsmöglichkeiten 300 Millionen, aus **Gehaltskürzungen** 300 Millionen und aus einer Reform der Arbeitslosenversicherung sowie aus einer Reform des Eisenbahnwesens ebenfalls 300 Millionen.

Ministerpräsident Doumergue wird am Montag

die Vertreter der Vereinigung der ehemaligen Frontkämpfer empfangen und sich mit ihnen wahrscheinlich über die weiteren Sparmaßnahmen ins Benehmen setzen.

Der Ministerrat führte außerdem zur Einsetzung eines interministeriellen Ausschusses, dem Ministerpräsident Doumergue, der Minister für öffentliche Arbeiten, der Arbeitsminister und der Innenminister angehören. Dieser Ausschuß soll ein Programm sofort durchführbarer öffentlicher Arbeiten aufstellen und dessen Finanzierung mit Hilfe von flüssigen Mitteln der Sozialversicherungskassen prüfen.

Amtliche Begründung für die Einsparungen

Ministerpräsident Doumergue hat die Sparverordnungen, die dem Staatspräsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt worden sind, mit einem Schreiben begleitet, in dem die Maßnahmen begründet werden. Den Nachdruck legt die Regierung auf die Erklärung,

daß die Stabilität der Finanzlage Frankreichs gerade heute die unerläßliche Bedingung für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Frankreich und sogar in Europa sei.

Von diesen Erwägungen ausgehend, sei die Regierung zu der Auffassung gelangt, daß für den Ausgleich des Haushaltplans für 1934 rund 4 Milliarden aufzubringen seien. Sie könnten nicht auf dem Anleihewege beschafft werden, da dieser für die Konsolidierung der schwebenden Schuld, für die militärischen Arbeiten und die wirtschaftliche Ausrüstung offen bleiben müsse. Auch an das Anziehen der Steuerschraube sei wegen der bereits drückenden Steuerlasten **nicht** zu denken. Deshalb bleibe als einzige Möglichkeit übrig, die **rücksichtslose Senkung der Ausgaben** auf die Höhe der Einnahmen. Das Schreiben weist zum Schluß auf die Notwendigkeit hin, das gesamte Wirtschaftsleben durch eine großzügige Steuerreform und ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm zu beleben. In diesem Zusammenhang wird u. a. erwähnt,

daß nicht weniger als 30 bis 40 Milliarden Frank in Frankreich thesauriert sind,

die unbedingt dem Wirtschaftsleben wieder zugeführt werden müßten.

Protestwelle der Beamten

Paris, 5. April. (Radio.) Außer den Postbeamten, die am Mittwoch beschlossen haben,

mit aller Energie gegen die Durchführung der Sparmaßnahmen zu kämpfen, und dabei die Möglichkeit eines Generalstreiks ins Auge faßten,

hielt auch eine Reihe anderer Beamtenvereinigungen Sitzungen ab. Die autonome Beamtenvereinigung, die Beamten der Verwaltung der indirekten Steuern und die Forstbeamten wollen gleichfalls gegen die Durchführung der Maßnahmen protestieren. Man befürchtet, daß die Regierung noch **vor schwere Entschlüsse** gestellt werden wird.

Im Urteil der Presse

Paris, 5. April. (Radio.) Die Pariser Morgenpresse, die sich schon seit Tagen sehr ausführlich über die neuen Sparmaßnahmen verbreitet hatte, stimmt ihnen zu und **beglückwünscht** die Regierung **zu ihrem Erfolg.** „Echo de Paris" und andere Blätter erinnern jedoch daran, daß es sich